



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl, Andreas Winhart, Dr. Anne Cyron, Markus Bayerbach** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2022;**  
**hier: Beihilfen**  
**(Kap. 10 03 Tit. 681 88)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 03 wird der Ansatz im Tit. 681 88 (Beihilfen) um von 6.500,0 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 16.500,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt durch die in Kap. 10 07 Tit. 684 78 eingesparten Mittel.

### **Begründung:**

Wie eine Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Ulrich Singer ergab, wurden vom 1. Januar bis zum 6. Dezember 2021 in Bayern bereits 255 Anträge auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) gestellt. Davon sollen laut Medienberichten 238 Anträge im Zusammenhang mit den verschiedenen Corona-Impfstoffen stehen. Damit ist insgesamt eine Zunahme der Anträge um beinahe 700 Prozent zum Jahr 2020 zu verzeichnen. Aus diesem Grund ist es notwendig, den Ansatz stärker zu erhöhen, da bei einem Anstieg der Anträge auch eine Erhöhung der Beihilfeleistungen zu erwarten ist.

Die seit dem Jahreswechsel 2020/2021 in Bayern durchgeführten Massenimpfungen gegen den sogenannten Sars-Cov-2-Erreger führte bereits zu einer starken Zunahme von Impfschäden in Bayern. Oftmals wurden die Folgeerkrankungen noch nicht auf die Impfungen zurückgeführt. Durch vergleichbare Daten anderer Länder ist jedoch davon auszugehen, dass in Bayern weitaus mehr Menschen an den Folgen einer Impfung leiden als bislang öffentlich anerkannt wurde. Es sind daher viele Verfahren zu erwarten, die letztlich zu einer höheren Anerkennungsquote von mRNA- und Vektor-Impfopfern führen werden.

Die Menschen, die sich bisher zu einer Impfung bereitklärten, sind möglicherweise langfristig erheblichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, über die sie nicht in ausreichendem Maße informiert wurden. Ein Haftungsausschluss durch Unterzeichnung einer Patientenaufklärung kann schon deshalb nicht eintreten, weil der Staat die Bürger mit erheblichem propagandistischen Druck und mit Restriktionen zur Impfung gedrängt hat. Bürger, die von Impfschäden betroffen sind, haben eine schnelle und unbürokratische Hilfe und großzügige finanzielle Hilfe verdient.